



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

321 (16.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186353](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186353)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Frh. Goebenbaum, Dramaturg für Politik, J. D.: R. Schöfeler, für Feuilleton: L. D.: R. Maderna, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: H. Schöfeler, für Handel: Franz Krieger, für Anzeigen: Anton Gieseler. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Schmidt in Mannheim. Druck-Abt.: General-Anzeiger Mannheim. Postfach-Nr. 11. 7190 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher: Post Mannheim Nr. 7040—7046.

Badische Neueste Nachrichten Amtliches Verkündigungsblatt

Postgenossenschaft: Die Post, Kolonialpost Nr. 11, Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Versicherungs-Gesellschaften Nr. 12, Anzeigen Nr. 256. Sonntagsausgabe: Mittagsblatt vormitt. 9, Uhr, Abendblatt nachmittags 2, Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Belegkarte. Postbezug: Viertelj. M. 7.50 einschließlich Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M. 7.20. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium.

Bekanntlich ist der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissell notwendig geworden, weil er in der Durchführung der vom Unterstaatssekretär von Moellendorff eingeleiteten Planwirtschaft keine Unterstützung im Kabinett fand. Wissells Rücktritt ist aber nicht nur für die Frage der Sozialisierung unserer Wirtschaft von Bedeutung, sondern auch für die Frage unserer Versorgung mit Lebensmitteln und unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen. Und in dieser Beziehung verdient die Entscheidung über die Person seines Nachfolgers Beachtung. Man wird sich der ungewöhnlich heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Wirtschaftsminister Wissell und dem Ernährungsminister Schmidt auf dem sozialdemokratischen Parteitag erinnern. Sie drehte sich um die Frage der Einfuhr von Lebensmitteln. Wissell wollte zum Schutze unserer Volkswirtschaft die Einfuhr von Lebensmitteln auf ein möglichst geringes Maß beschränken. Dieser Standpunkt wird nahezu von allen maßgebenden Wirtschaftspolitikern als abwegig abgelehnt, weil wir einmal bei dem Hereinströmen fremder Waren über die Bestrenge auf den Stand unserer Volkswirtschaft keinen Einfluss haben und weil außerdem die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß die politische Lage auf die Bewertung der Reichsmark im neutralen Auslande von erheblichem Einfluß ist, als die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz. Im übrigen muß man eine reichlichere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht nur aus gesundheitlichen Rücksichten, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für die wichtigste Aufgabe der Regierung halten. Diesen Standpunkt vertrat der Ernährungsminister Schmidt in seiner scharfen Polemik gegen Wissell. Er erklärte, wir hätten nicht zu viel, sondern noch viel zu wenig Lebensmittel eingeführt. Wenn nun jetzt die Leitung unseres Wirtschaftsministeriums an Herrn Robert Schmidt übergeht, so ist damit zu rechnen, daß die bisherigen Hemmungen in der Einfuhr ausreichender Mengen von Lebensmitteln fortfallen werden.

Aber nach den halbamtlichen Verlaufbarungen zu Wissells Rücktritt ist auch damit zu rechnen, daß die Einfuhr von Erzeugnissen, an denen die Bevölkerung seit Jahren Mangel leidet, eine freiere Gestaltung nehmen wird. Der Kredit, den der deutsche Kaufmann im Ausland genießt, soll für unsere Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Erzeugnissen nutzbar gemacht werden. Zur Unterstützung soll eine korporative Kreditgewährung an einzelne Industriezweige und eine staatliche Bürgschaft herangezogen werden. Wissells Grundsatz, Fertigfabrikate im Interesse der heimischen Industrie möglichst ganz von der Einfuhr auszuschließen, war nur soweit richtig, als die Industrie über Rohstoffe verfügte und infolgedessen arbeiten konnte. Soweit dies aber nicht der Fall ist, bedeutete die Einfuhr von Erzeugnissen keine Schädigung unserer Industrie. Wir werden deshalb beispielsweise Schokolade zur Einfuhr zulassen, weil unsere Schokoladenindustrie aus Mangel an Leder den vorhandenen Bedarf bei weitem nicht decken kann. Es ist aber auch damit zu rechnen, daß der neue Leiter des Wirtschaftsministeriums auf einem anderen Gebiete die Frage der Einfuhr ohne Engpassentscheidungen wird, nämlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Tabakerzeugnissen. Nach Ansicht von Nicht Rauchern sind Zigarren und Zigaretten entbehrliche Genussmittel. Aber in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, wo die Stimmung der Massen von größter Bedeutung auf die innere politische Lage ist, darf man einen solchen Standpunkt nicht als ausschlaggebend ansehen. Ein Volk, das so lange Jahre Entbehrungen aller Art erlitten hat, verlangt nach einer Rückkehr zu den Gewohnheiten, die dem Leben ein gewisses Maß von Behaglichkeit geben. Dazu gehört auch der Rauchergenuss. Es ist nicht angängig, daß der Minderbemittelte Tag für Tag sieht, wie sich nur der Wohlhabende Zigarren und Zigaretten für teures Geld kaufen kann, während er selbst sich im besten Falle mit übertriebenen Ersatzmitteln begnügen muß. Es kommt hinzu, daß ein eifrig blühendes Gewerbe, das Tabakgewerbe, völlig zu erliegen droht, wenn wir nicht bald Rohkohl aus dem Auslande einführen. Die Wotkade ist aufgehoben, der holländische Tabakmarkt wird dem deutschen Kunden wieder offen stehen. Darum ist damit zu rechnen, daß sich die freiere Richtung in der Frage der Einfuhr auch auf unsere Versorgung mit Rohkohl erstrecken wird.

Wiedtschid lehnt die Berufung zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ab.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die P.P.N. von unterrichteter Seite erfahren, hat der als Nachfolger des Staatssekretärs von Moellendorff in Aussicht genommene Geheimrat Wiedtschid die Berufung abgelehnt.

Die Streikbewegung.

Die Lage im Landarbeiterstreik.

Berlin, 16. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Wie wir von zuständiger Seite über die Bewegung unter den Landarbeitern erfahren, sind die Nachrichten der Presse weitaus etwas übertrieben. Die Streikbewegung unter den Landarbeitern wird kaum einen größeren Umfang erreichen, lediglich aber ist sie geeignet, die in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen zu erwartende Ernte ernstlich zu gefährden. Bisher beschränkt sich der Streik in der Hauptsache auf die Provinz Pommern. Während der ganzen Streikperiode, die seit Januar dieses Jahres andauert hat, haben überhaupt nur 5-6000 Arbeiter gestreikt. Zur Zeit sind im ganzen höchstens 10 000 Arbeiter im Zustand. Es handelt sich um einzelne Kreise, in denen wiederum nur einzelne Ortschaften von Streiks betroffen sind. Zur Zeit haben im Kreise Danzig-Höb, Franzburg und Schiedelbein und in den Kreisen außerhalb der Provinz Pommern, in Angermünde, Ober- und Nieder-Barnim, sowie im Ransfelder Seckreise Ausstände der Landarbeiter stattgefunden, die zum Teil wieder beigelegt worden sind. In Pommern ist als Vertretung

der Landarbeiterschaft der Pommersche Landbund von großem Einfluß. Er lehnt es durchaus ab, mit den Arbeitgebern nach der üblichen gewerkschaftlichen Methode zu verhandeln und ist überhaupt ein Gegner der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Sein Vorschlag geht dahin, Schlichtungsausschüsse, die paritätisch zusammengesetzt sind, zu errichten. Dagegen lehnt er Tarifverträge grundsätzlich ab. Man muß allerdings sagen, daß gerade in Pommern das scharfe Verhalten der Buisbesitzer und die politisch unzweckmäßige Maßnahme der Verhängung des Belagerungszustandes nur dazu beigetragen haben, die Bewegung anzuwachsen zu lassen. Die Solidarität mit der Arbeiterschaft ist ganz augenscheinlich und auch das militärische Eingreifen dürfte nur geeignet sein, den Widerstand der Landarbeiter zu vermehren. Ein kluges und unparteiisches Eingreifen der Regierung ist dringend nötig, um die Lage, die zur Zeit noch bedrohlich ist, nicht schlimmer werden zu lassen.

Generalfstreik in Steffen.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Steffen wird gemeldet: Der Streik ist inzwischen allgemein geworden. Gas, Wasser, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. liegen vollständig still. Die Arbeiter, die heute morgen noch zur Arbeit erschienen und sich über die Aufnahme des Streiks noch im Unklaren waren, haben sich inzwischen fast überall dem Ausstände angeschlossen. Allerdings macht sich unter den Arbeitern eine ziemliche Unzufriedenheit darüber geltend, daß man vor der Erklärung des Generalfstreiks nicht erst den Bescheid der nach Berlin entsandten Kommission, die die Aufhebung des Belagerungszustandes vom Reichswehrminister verlangen sollte, abgewartet hat. Sonst ist die Lage noch ziemlich ungeklärt. Wie es heißt, sollen die wichtigsten Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke usw., ihren Betrieb mit militärischer Hilfe wieder aufnehmen.

Besprechungen Eberts und Noskes in Hamburg.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Bei der Sitzung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichsministers Noske am Montag in Hamburg, die stark geheim gehalten worden war, handelte es sich hauptsächlich um Besprechungen über die zukünftige Regelung der Einwohnerwehr beziehungsweise Volkswehr in Hamburg und um die Dauer der Sicherung des Hamburger Freihafens und der Lebensmittelverteilung. In Begleitung von Ebert und Noske befand sich auch der preussische Landwirtschaftsminister Braun. Die Besprechungen hatten ein vollkommen befriedigendes Ergebnis.

Die Lage im Osten.

Die Lage an der polnischen Grenze.

Breslau, 15. Juli. (WB.) Von wohlunterrichteter Seite wird mitgeteilt: Die polnischen Organisationen zur Bekämpfung der Oberösterreichischen Arbeiterbewegung mit allen Mitteln für die Erreichung ihrer Ziele. Mit ihrer Propaganda verbinden sie den Plan, durch Gewalttätigkeiten in Verkehrsmitteln, wie Eisenbahn, Post und Telegraph, Sabotage zu üben. Hiergegen konnte der Grenzschutz in den meisten Fällen rechtzeitig eingreifen. Die veröffentlichten Bestimmungen über die bevorstehende Abgrenzung stärken die Hoffnungen der Polen. Insbesondere scheint nicht der Wunsch zu bestehen, auf neue Unternehmungen auszugehen, sodaß sich die Verhältnisse an der tschechischen Grenze weiter im allgemeinen entspannen.

Zur Abtretung Thorns.

Berlin, 16. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Heute trifft hier eine polnische Kommission ein, der Korfanti, Seyda und Luchniewsky angehören, um mit den deutschen Behörden, an deren Spitze Oberpräsident Schnackenberg steht, wegen Uebnahme Thorns und der Provinz zu unterhandeln. Nach Mitteilung der zuständigen militärischen Stelle in Danzig wird die endgültige militärische Räumung des an Polen abgetretenen Gebietes frühestens Ende August oder Anfang September erfolgen.

Kollschals bedrängte Lage.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber Stockholm wird gemeldet, daß die roten Truppen einen neuen Sieg gegen Kollschal errungen haben und bis zum Kamassuf vorgezogen seien. Im Ententehauptquartier in Archangelsk ist ein Vertreter Kollschals erschienen, welcher um Entsendung von Ententetruppen bat, um Kollschals rechten Flügel zu entlasten. Da aber das Gros der britischen Truppen von Archangelsk sich bereits auf dem Rückweg nach England befindet, konnte diesem Ersuchen nicht Folge geleistet werden. Man nimmt an, daß Kollschal nichts anderes übrig bleiben dürfte, als sich rückwärts gegen Perm zu wenden und zu versuchen, vor allem diesen wichtigen Knotenpunkt den bolschewistischen Truppen wieder zu erreichen.

Verstaatlichung der russischen Industrie.

Amsterdam, 15. Juli. (WB.) Das Pressebüro Radio meldet: Das russische Informationsbüro in Rom veröffentlicht eine Mitteilung über die Verstaatlichung der russischen Industrie durch die Bolschewisten. Darin wird hervorgehoben, daß so gut wie die gesamte Industrie in Ruhestellung sei, weil die Mittel zur Bezahlung der Arbeiter fehlen.

Nach der Aufhebung der Blockade.

Der Handel zwischen Amerika und Deutschland.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Kopenhagen wird gemeldet: Wie die „National Tidende“ aus London berichtet, wollen die Amerikaner mehrere Schiffe in die wieder zu eröffnende Schifffahrt zwischen amerikanischen Häfen und Hamburg und Bremen einsetzen. Einige dieser Schiffe sind bereits mit Baumwolle und anderen Waren beladen. Es könnte sich jedoch vorläufig nicht um einen Verkehr größeren Stils handeln, falls aus Lonnagemangel, teils wegen der Bezahlungsschwierigkeiten, da Deutschland keine Guthaben in Amerika habe. Der amerikanische Export nach Deutschland werde hauptsächlich aus Rohmaterialien, Kupfer, Baumwolle und Lebensmitteln bestehen.

Eine Beschwerde rheinländischer Industrieller.

Berlin, 16. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Im besetzten Rheinland haben zahlreiche Deutsche Industrielle Beschwerde darüber erhoben, daß Angehörige der Verbandsstaaten auf Grund von Erlaubnisscheinen britischer Offiziere Einlass in die Fabriken forderten. Der britische Militärgouverneur gibt daher bekannt, daß nur solche britische Zivilisten Fabriken besichtigen dürfen, welche einen von dem britischen Militärgouverneur ausgestellten Erlaubnisschein besitzen, welcher nur ausnahmsweise an ermächtigte Personen erteilt wird.

Troiloje Wirtschaftsverhältnisse in Italien.

Rotterdam, 15. Juli. (WB.) „Daily Telegraph“ meldet aus Mailand vom Sonntag: Die Auslieferung des Volkes gegen die Teuerung der Lebensmittel und die heftigen Unruhen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, brachten Italien in eine sehr schwierige Lage. In hunderten von Städten fehlen die Vorräte. Die Regierung bemüht sich sehr, die Lage zu beherrschen. Ministerpräsident Nitti richtete ein langes Handschreiben an die Präfekten und örtlichen Behörden. In sämtlichen Städten und Dörfern sind die Gemeinderäte Tag und Nacht damit beschäftigt, eine Lösung für die schwierigen Probleme zu finden, insbesondere wie die riesigen Vorräte herabgesetzt werden können. Die sozialistischen Organisationen vermehren dadurch, daß sie gegen die Herabsetzung der Löhne sind, die Schwierigkeiten. Eine ganze Anzahl von Betrieben ruht vollständig. In ganz Italien kann man kein Paar Schuhe mehr kaufen, alle Schuhläden sind ausverkauft oder leergeplündert. In den Kaffees und Schokoladenfabriken Mailands kann man kein Bier mehr bekommen, da die Wirte sich weigern, das Bier zum halben Preise zu verkaufen. Die Kleidermacher weigern sich, die Anzüge zuzuschneiden, da die Arbeiterlöhne die Herabsetzung der Schneiderlöhne nicht gestatten. Die Bauern wollen ihre Erzeugnisse nicht mehr zur Stadt bringen, da sie bei den herabgesetzten Preisen die Arbeitslöhne und sonstigen Unkosten nicht mehr bestreiten können. Andererseits bleiben die Preise für alle Regierungswaren unändert. Die Regierungspreise sind am höchsten. Die Regierung führt riesige Mengen von Fleisch und anderer Waren aus Amerika ein und will sie nur zu den von ihr bezahlten Preisen weiterverkaufen. Ueberall herrscht Durcheinander. Die Preise weichen stark von den tatsächlichen Wirtschaftsverhältnissen des Landes nicht in vierundzwanzig Stunden durch einschneidende Maßnahmen geändert werden können. Hier und dort dauern die Unruhen fort. Am Freitag kam es anlässlich einer Volkstuntdemonstration in Udine zu einem Zusammenstoß mit Truppen, die Maschinengewehre abgaben, wobei 4 Personen getötet wurden.

Baden.

Die Aufnahme der Elsaß-Lothringer in die Staatsangehörigkeit der deutschen Gliedstaaten.

Die Abtretung von Elsaß-Lothringen wird mit dem Untergang des dortigen Staatswesens auch das Aufhören der elsaß-lothringischen Landesangehörigkeit und damit für die Elsaß-Lothringer, die nicht zugleich die Staatsangehörigkeit eines deutschen Gliedstaates besitzen, den Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit zur Folge haben. Soweit diese Personen rein elsaß-lothringischer Abstammung sind, werden sie nach Artikel 53 des Friedensvertrages und § 1 des Anhangs ohne weiteres mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die französische Staatsangehörigkeit erwerben. Eine Option für die deutsche Reichsangehörigkeit ist ihnen nicht freigestellt. Es besteht daher für sie die Gefahr, daß sie, auch soweit sie in den nicht abgetretenen Teilen des Reichsgebietes wohnen und sogar soweit sie in Diensten des Reiches stehen, durch Entscheidung der französischen Behörden für französische Staatsangehörige erklärt und daß hieraus Folgen für sie hergeleitet werden, die um so bedenklicher sein können, als der Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit mit rückwirkender Kraft zum 11. November 1918 eintritt.

Um diese Folgen zu vermeiden, bietet sich, so schreibt die „Karlsruher Zeitung“ amtlich, den vom Verlust der Reichsangehörigkeit Bedrohten nur der Ausweg, noch vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ihre Aufnahme in die Staatsangehörigkeit eines deutschen Gliedstaates zu erwirken und danach ihre Entlassung aus der elsaß-lothringischen Landesangehörigkeit bei der diesseitigen zuständigen Stelle zu beantragen. Es ist zu vermuten, daß aus dieser Erwägung Anträge auf Aufnahme in nächster Zeit von einer erheblichen Zahl in Deutschland ansässiger Elsaß-Lothringer bei den zuständigen Behörden der Gliedstaaten, in deren Gebiete sie wohnen, gestellt werden. Da der Zweck dieser Anträge nur erreicht werden kann, wenn die Entscheidung vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgt, das nach der Schlussformel der Friedensbedingungen mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde Deutschlands und dreier von den feindlichen Hauptmächten eintreten soll, hat das Reichsministerium des Innern die zuständigen Behörden der deutschen Gliedstaaten um beschleunigte Erledigung derartiger Anträge ersucht.

Die nächste Plenarsitzung des Landtags.

Karlsruhe, 15. Juli. Wie wir hören, wird voraussichtlich in der nächsten Woche der Landtag zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Die Arbeiten dürfte unser Landesparlament nicht vor Anfang August zu Ende geführt haben.

Die Durchführung von Kulturverbesserungen in Baden.

Karlsruhe, 16. Juli. Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung des Badischen Landtags beschäftigte sich gestern in mehrstündiger Sitzung mit dem Gesetzentwurf über die Durchführung von Kulturverbesserungen. Bei der Durchführung dieser „Ergänzung von Wassergräben“ besteht die bestmögliche Absicht: Den Boden ertragsfähiger zu gestalten, für die immer noch in großer Anzahl vorhandenen Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen und schließlich aus vorhandenen Moorländerereien Braunkohle zu gewinnen. Es sollen die betr. Eigentümer zunächst zwangsweise in diese zu bildende Wassergenossenschaft zur Entwässerung von

Wiesen usw.) eingeordnet werden. Das Gesetz soll als Übergangsgesetz bis zum Jahre 1921 bestehen bleiben und dann das Wasserrecht entsprechend erweitert werden.

Weiter wurde der Entwurf einer Verordnung des Staatsministeriums für die Kommunalverbände begutachtet. Nach einer Erklärung des Ministeriums des Innern sollen die Wege des Abbaues beschritten werden, sobald sich Anträge mit Angebot etwas ausbreiten. Die Kompetenzen der Kommunalverbände sollen solange noch für einzelne Produkte Zwangswirtschaft erforderlich ist, auf die Bezirksrechte übergehen.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Neue wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung.

Bei der Beratung des Eisenbahnleihegesetzes machte der preussische Eisenbahnminister Oser unter Beifall des Hauses Mitteilungen über Absichten der Regierung zum Zwecke eines weiteren Abbaues der Preise. Da die Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise bereits den Erfolg gezeigt haben, daß die Schleichhandelspreise für gewisse Bedarfsartikel stark heruntergedrückt worden seien, beabsichtigt die Regierung, die sehr großen noch vorhandenen Bestände der Militär- und Marineverwaltung an Kleidungsstoffen und Rohprodukten der Bevölkerung zuzuführen. Es seien etwa 41 Millionen Meter Kleiderstoffe und große Mengen Rohstoffe, die zurzeit der Textilindustrie fehlen, vorhanden. Ferner soll Schuhwerk zu billigem Preise abgegeben werden. Der Minister wünscht, daß bei der Verteilung dieser Gegenstände in erster Linie die linderreichen Familien, besonders der Beamten und Arbeiter, berücksichtigt werden; er hofft, daß die Reichsregierung seinen Standpunkt teilt. Trotzdem werde aber auch das ganze Volk in weitem Maße hiervon teilhaben, denn wenn so große Mengen dieser jetzt sehr begehrten und notwendigen Bedarfsartikel zu billigen Preisen auf den Markt geworfen werden, so werden auch die Preise der in Privat Händen befindlichen Kleiderstoffe und Schuhe erheblich sinken. Der Minister will ferner die hohen Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter nicht sofort mit dem Herabgehen der Preise wieder abbauen, sondern, soweit es die Finanzen gestatten, nach einer Zeitlang beibehalten, um den beteiligten Volksteilen die Möglichkeit zu bieten, nach den schweren Kriegsjahren finanziell zu gesunden. Er erklärte, daß das preussische Finanzministerium seinen Absichten bereits zugestimmt habe, und er habe auch bereits vom Reichspostminister Giesberts aus Weimar die Aufseherung erhalten, daß er für die Beamten und Arbeiter seines Ressorts dieselbe Ansicht vertritt. — Die Redner der Parteien erklärten ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Ministers.

Handwerksgenossenschaften und Ernährungswirtschaft.

Das Ministerium des Innern hat nach einer einmütigen Mitteilung der „Karl. Ztg.“ die Bezirksämter angewiesen, die nachstehenden Grundzüge des Reichswirtschaftsamt über die Behandlung der Genossenschaften des Handwerks auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft entsprechend anzuwenden:

Zur Verteilung zentralbewirtschafteter Rohstoffe und Halbfabrikate ist der Handel zugelassen worden, soweit er bereits vor Beginn des Krieges oder wenigstens vor Beginn der zentralen Bewirtschaftung der einzelnen Stoffe mit der gleichen Warenart Handel getrieben hatte. Dem Handel wurden hierbei die Waren genossenschaften des Handwerks gleichgestellt. Wegen dieser Verteilung haben die Genossenschaften des Handwerks von Anfang an Einspruch erhoben. Sie machten geltend, daß die Gründe die eine Beschränkung einzelner Handelsformen zur Ausschaltung Spekulationen und ungesunder Elemente rechtfertigen, für die Genossenschaften wegen ihres gemeinnützigen Charakters nicht gelten könnten. Der wirtschaftliche Zusammenschluß von Regierung und Volkswirtschaft sei dem Handwerker als das Mittel zur Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit empfohlen worden; die Regierung müsse deshalb den Genossenschaften des Handwerks die nötige Bewegungsfreiheit sichern, zumal sich das Handwerk gerade während des Krieges angesichts der günstigen Ertragslage mit der genossenschaftlichen Übernahme von Herstellungsleistungen stark genossenschaftlich organisiert hat.

Die zeitliche Beschränkung der Zulassung der Genossenschaften zum Handel mit zentralbewirtschafteten Stoffen wird der wirtschaftlichen Bedeutung der Genossenschaften nicht gerecht. Wie Handel und Industrie durch Zusammenschluß zu Kartellen, Syndikaten usw. ihre wirtschaftlichen Fortschritte durchsetzen, so muß auch den Genossenschaften des Handwerks die Möglichkeit gegeben werden, sich in gleicher Weise zu organisieren. Die zentralbewirtschafteten Stoffe sind als zentralbewirtschaftete Stoffe zu behandeln, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Gründung, lediglich unter Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse der Genossenschaft. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob eine Genossenschaft als Groß- oder Kleinhandlung zu gelten hat, wobei grundsätzlich die Zentralgenossenschaften als Großhandlung anerkannt werden müssen. Die Nichtzulassung einer Genossenschaft zur Warenverteilung ist nur begründet, wenn die Genossenschaft die für eine geordnete kaufmännische Geschäftsführung erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt.

Der Verkehr mit Heu und Stroh festgegeben.

Durch Verordnung des Reichsministers vom 26. Juni 1919 sind die Bestimmungen über den Verkehr mit Heu, Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918, sowie über die Preise über diese Futtermittel mit Wirkung vom 1. Juli aufgehoben worden. Für Heu und Stroh der Ernte 1919 werden keine Beschränkungen oder Preisbeschränkungen erlassen werden. Da darnach auch für das Kaufstuttee aller Ernte vom 1. Juli 1919 ab die bisher geltenden Höchstpreise aufgehoben worden sind, ist nunmehr der Handel mit Heu, Stroh und Häcksel vollkommen freigegeben. Unausgekauften Futtermitteln können und wird im Wege der allgemeinen Bestimmungen gegen Preiswucher entgegengetreten werden.

Nationalversammlung.

W.B. Weimar, 16. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 55 Minuten.

Fortsetzung der Verfassungskommission bei Artikel 118. Es folgt ein Antrag Bauer (Soz.) und Genossen vor auf Einfügung des Artikels 118a: Die Todesstrafe ist abgeschafft. Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen unabhängigen Antrag zum Artikel 115 desselben Inhalts.

Abg. Dr. Sinsheimer (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freiheitlicher Gesinnung ist. Es ist Aufgabe des Staates, die Wahrung des menschlichen Lebens zu beschützen. Er muß den Grundrecht praktisch vertreten, daß das Menschenleben an sich unerschöpflich ist. Heute ist der richtige Augenblick für die Verwirklichung der alten Forderung gekommen.

Regierungsminister Dr. Frey: Ich bitte die Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen, darüber wird in der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts entschieden werden müssen. Ich glaube, daß die Entscheidung über die Todesstrafe zweifellos im Sinne des Antragstellers erfolgen wird.

Abg. Döringer (D.R.): Die besten Theoretiker und Praktiker haben sich für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen. Die Frage gehört auch nicht in die Verfassung. Unschön sind die Einträge auch nur aus parteipolitischen Gründen gestellt worden. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes ist gegen eine Amnestie. (Unruhe und Lärm folgt.)

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Der Antrag ist zweifellos vom Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit für ihn ist nicht richtig gewählt. Nicht bloß die bekanntesten, sondern auch erste Namen unseres geistigen Lebens hätten die Todesstrafe für unentbehrlich. Der richtige Zeitpunkt ist die Reform des Strafrechts. Bei ihr wollen wir Gründe und Gegenstände sachlich abwägen. In der heutigen Zeit ist, wie immer nach einem Krieg, die Kriminalität gestiegen. Da kann der Staat gegen eine bestimmte Gattung der Verbrechen auch auf diese Maßnahme nicht verzichten.

Abg. Cohn (Unabh. Soz.): Was wir beantragten, ist ein Teil der Ruhe, die das deutsche Volk sich auferlegen muß in einer anderen Wertschätzung des menschlichen Lebens. In höchstem Maße handelt es sich um eine moralische und politische Frage.

Abg. Haubmann (Lem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen. Die Frage ist eine Kulturfrage, gehört aber nicht in die Verfassung. Diejenigen haben nicht das Recht, Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, die fortgesetzt an die Gewalt appellieren und die Handgranaten für das beste Mittel erklären, auch diejenigen nicht, die Geiseln erschließen lassen oder Offiziere, die ihre Pflicht tun, beim Schwimmen tötschießen und ertränken. (Lärm links.)

Abg. Dr. Kollisch (D. R.): Gefühlsmomente sprechen für die Abschaffung der Todesstrafe, aber es gibt schon einmal Verbrechen, die nur dadurch gelöst werden können, daß der Verbrecher das Leben, was er hat, herab, sein Leben. Gerade der letzte Zeitpunkt der Revolution ist der ungünstigste Moment, um die Todesstrafe abzuschaffen (Unruhe und Lärm bei den Unabhängigen.)

Damit schließt die Debatte.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namenhafter Abstimmung bei zwei Stimmenthaltungen mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Artikel 117 sprich das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Rechtsspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden, auch sind zur Bekämpfung der Schmutz- und Schandliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schauspielen und Darstellungen geeignete Maßnahmen zulässig.

Ein demokratischer Antrag will die Möglichkeit der Zensur dadurch beseitigen, daß er nur gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen den Schmutz in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schauspielen, Vorlesungen und Lichtspielen zuläßt.

Abg. Rulicke (Dem.): Mein Antrag will den letzten Rest der Zensur, nämlich die Möglichkeit einer Zensur, beseitigen und damit die Verfassung erfüllen. Zur Bekämpfung der Entartungen reichen die bestehenden Gesetze vollkommen.

Abg. Künz (Unabh. Soz.) begründet den unabhängigen Antrag. Als er am Ende seiner Rede erklärt, es handelt sich bei dem Antrag um eine praktische Maßregel im Interesse der Jugend-erziehung und wenn dieses Haus sich nur einen Funken von Verständnis für diese wichtige Frage habe, so muß es diesem Antrag zustimmen, bemerkt Präsident Fehrenbach, daß er dieses Bemerkte, das er für seinen Teil nicht hinnehmen könne, entschieden zurückweisen müsse. (Schluß folgt.)

Letzte Meldungen.

Noch keine Schritte zur Auslieferung des Kaisers.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der internationalisierte Oberste Rat, dessen Sitzung erst morgen hätte stattfinden sollen, trat bereits heute Nachmittag zusammen. Er beschäftigte sich mit der Frage der Aburteilung des Exkaisers und bestätigte, daß bei der holländischen Regierung in dieser Angelegenheit noch keine Schritte unternommen wurden.

Die Kommission für die bulgarischen Angelegenheiten fuhr mit der Prüfung der Friedensbedingungen fort, die den bulgarischen Bevollmächtigten bei ihrer Ankunft in Frankreich mitgeteilt werden sollen.

Verherrlichung der französischen Armee.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht, indir.) Anlässlich des zehnten National- und Siegesfestes richtete Präsident Poincaré an den Ministerpräsidenten und Kriegsminister Clemenceau einen Brief, in welchem er diesen bittet, der französischen Armee den Ausdruck der öffentlichen Dankbarkeit und Bewunderung zu übermitteln. Clemenceau übermittelte diesen Brief dem Marschall Petain und fügte ein Glückwunschschreiben bei. Auch an Marschall Foch richtete Clemenceau ein Schreiben mit der Bitte, dem Kommando der alliierten Kavallerie, die gestern morgen an dem Vorbemarsch teilgenommen hatten, die herzlichsten Glückwünsche der französischen Republik zu übermitteln.

Die belgische Front-Partei.

Brüssel, 16. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Bei der Arbeit des großen Exzellenz-Rates in Brüssel ist die belgische Frontpartei, die sich aus den ehemaligen Elementen zusammensetzt, zum ersten Mal vollständig in die Öffentlichkeit getreten. Sie hat mehrere Ansätze veranlaßt, und dabei ist es denn auch an verschiedenen Orten, wie in Antwerpen und Brüssel, zu Zusammenkünften gekommen, bei denen die Partei nicht imhine war, der Bewegung Herr zu werden. Das läßt erkennen, daß die Frontpartei über eine feste Anhängerschaft verfügt. Die Regierung wird mit der Partei bei den kommenden Wahlen im Herbst rechnen müssen.

Explosion in Hohenkirchenhausen.

Berlin, 16. Juli. (Von uns. Berliner Büro.) Eine große Explosion hat sich heute morgen in Hohenkirchenhausen ereignet. Zwei Schuppen der Deutschen Bergbau-Gesellschaft sind infolge des Brandes in die Luft geflogen. Die Wirkung der Explosion war so stark, daß im Umkreis von mehreren Kilometern die Fensterscheiben zerschmettert wurden. Menschenleben sind nach bisherigen Feststellungen nicht zu beklagen, allerdings wird die Wache von 6-8 Köpfen bis jetzt vernichtet. Die Explosion ist anscheinend auf verbrecherische Brandstiftung zurückzuführen.

Leipzig, 16. Juli. (WB.) Die Landespartei der deutschen Sozialdemokraten Böhmens erteilt einen Aufruf an die Arbeiterchaft Deutsch-Böhmens, in dem die aufgefordert wird, sich am Montag, den 21. 7. abends zur Begründung der internationalen Soldatenuit zu Massenversammlungen einzufinden, um gegen den Pariser Gewaltfrieden und den Imperialismus zu protestieren.

Handel und Industrie.

Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (C. V.)

richtete unterm 12. Juli an die Nationalversammlung in Weimar betreffs des Initiativentwurfs der sozialdemokratischen Fraktion zum Gesetzesentwurf über Einführung von Zins- und Dividendenbeschränkungen eine längere Eingabe, der mit u. a. nachstehende Ausführungen enthielten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat laut Zeitungsnachrichten die Erlassung eines Gesetzes beantragt, nach welchem künftighin die Einführung von Zinsen- und Dividendenbeschränkungen und Ankauf-Papiere von den Schuldnern und deren Bevollmächtigten nur unter Vorweisung der vollständigen Schuldverschreibungen, Aktien, Wandbriefen, Kupon in der Gestalt erfolgen darf, wie sie die Voraussetzung des Börsenhandels bilden, u. monach ferner ausländische Zahlungsstellen zur Einführung der Zinsen

solcher Papiere nicht berechtigt werden dürfen. Wir nehmen an, daß dieser Antrag den an sich billigen Zweck hat, die Steuerpflicht deutschen Effektenbesitzern ins Ausland zu verhängern. Wir haben uns insofern für verpflichtet, unsere Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß der sozialdemokratische Gesetzesentwurf zur Erreichung dieses Zwecks völlig falsche Wege einschlägt. Durch die vorgeschlagene Maßnahme wird die Steuerpflicht keineswegs verhindert, wohl aber werden wichtige Interessen der deutschen Volkswirtschaft geschädigt und werden in völlig zweifelhafte Weise die Effektenbesitzer mit vermehrten Risiken und Kosten, die Banken und die Bankgeschäfte sowie die Emittenten mit einer technisch garricht durchführbaren Arbeit belastet.

In der Begründung der beantragten Ablehnung des sozialdemokratischen Initiativentwurfs wird ausgeführt: So zweifelhaft die Vorteile sind, die für den Steuerfiskus mit der Verwirklichung des vorliegenden gesetzgeberischen Vorhabens verbunden wären, so unzweifelhaft und sicher stehen die außerordentlichen Schädigungen einer solchen Maßnahme für unsere Volkswirtschaft fest. Die Erleichterung des Zins- und Dividendenbezugs durch Einführung des vom Wertpapier abgetrennten Kupon ist der wesentliche Grund für die Beliebtheit der Kapitalanlage in Wertpapieren. Gält diese Erleichterung fort, so würde dies unsehbar auf den Kurs sämtlicher inländischer Wertpapiere und namentlich auf denjenigen der Kriegs- und sonstigen inländischen öffentlichen Anleihen eine überaus nachteilige Wirkung haben. Die gegenwärtigen Zeiten sind wohl nicht die besten, um die Besitzer dieser Werte zu den Verlusten, die sie infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges bereits erlitten haben, ohne zureichenden Grund noch neue auszubürden. Nach schwerer Mühsal ins Gemicht, daß die im Interesse unserer Rohstoff- und Lebensmittel-Einfuhr, im Interesse der Verbesserung des Standes unserer Zahlungsabgabe und damit unserer Wahrung außerordentlich wichtige und erwünschte Ausfuhr deutscher Wertpapiere ins Ausland angesichts der dem ausländischen Besitzer auf diese Weise erwachsenden Beschränkungen nahezu unmöglich gemacht werden würde. Noch mehr: es könnte sogar zu erwarten, daß solche deutschen Wertpapiere in ausländischem Besitz, welche nicht unter die im § 4 des Entwurfs vorgesehene Ausnahme fallen, also insbesondere die ins befreundete oder neutrale Ausland veräußerten deutschen Kriegsanleihen, angesichts der erschwerenden Ausweitung ins Ausland zurückzuführen werden. Das Verbot der Erleichterung ausländischer Zahlungsstellen für inländische Emittenten würde diese nachteiligen Wirkungen noch verstärken; sollte es nach dem Willen der Antragsteller mit rückwirkender Kraft ausgeführt werden, so läge hierin überdies ein unumkehrbarer Rechtsbruch gegenüber ausländischen Besitzern, welche deutsche Papiere im Vertrauen auf deren Einlösbarkeit an ihrem Wohnort erworben haben. Nach allem hier Ausgeführten sind die Grundausführungen, von denen der Entwurf ausgeht, dermaßen verfehlt, daß es uns unmöglich scheint, ihm durch irgendwelche Minderungsversuche eine praktisch brauchbare Gestalt zu geben. Wir glauben an diesen Grund an die Nationalversammlung lediglich die Bitte richten zu sollen, dem Vortrage der sozialdemokratischen Fraktion in allen seinen Teilen die Zustimmung zu versagen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Man schreibt der „Karl. Ztg.“: Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich auch in der Woche vom 29. Juni bis 5. Juli bedauerlicherweise weiter verschlechtert. Durch den andauernden Rohstoff- und Kraftstoffmangel und die damit zusammenhängenden Betriebs-einschränkungen und -Schließungen, sowie die Auflösung von militärischen Betrieben ist in absehbarer Zeit mit einer Verschärfung der Lage nicht zu rechnen. Über noch dürfte die Arbeitslosigkeit durch die Rückkehr unserer Kriegesgefangenen erheblich vergrößert werden, sobald die Beschaffung weiterer Arbeitsgelegenheiten durch Notlandarbeiten notwendig ist. Die Zahl der Erwerbslosen stieg in der Berichtwoche von 11 780 auf 11 919; sie hat sich also gegenüber der Vorwoche wieder um 177 erhöht. Erwerbslosunterstützungen wurden im Bereiche der Bundesstelle für Arbeitsvermittlung bezahlt: in der Berichtwoche 509 091 M., in der Vorwoche 430 837 M., insgesamt seit November 1918: 20 896 737 M., für Arbeitsvermittlung wurden in der Berichtwoche 17 085 M. bezahlt. Arbeitsgelegenheit besteht bei der bevorstehenden Einbringung der Ernte in der nächsten Zeit, ganz besonders für landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Steinhauer, Steinbrecher, Kärter, Mühlensetzer, Wagner, Schneider, Schuhmacher, Zimmerleute, Maurer und weidliches Haus- und Küchenpersonal werden ebenfalls in großer Zahl gesucht. Ueberangebote an Arbeitskräften ist dagegen in der Metall- und Maschinenindustrie, in den Nahrungs- und Genussmittelgewerben, im Bergbau, im Gestein- und Schmelz- und Handwerksbetriebe und bei ungelerneten Arbeitskräften festzustellen. Wegen Rohstoffmangels mußten wieder verschiedene Betriebe eingekürzt werden, so in Kärtern, Korbwaren, Oberstad, wodurch im ganzen 600 Männer und Frauen arbeitslos wurden. Weitere Einschränkungen stehen bevor bei industriellen Unternehmen in Haveland, Durlach, Talsiedel. Die Notlandarbeiten wurden in der Berichtwoche 6806 Erwerbslose beschäftigt gegen 6978 in der Woche vorher.

Erhöhte Kohlenpreise.

Berlin, 16. Juli. Das Reichswirtschaftsministerium hat gestern den der obersteffischen Kohlenkonvention angehörenden Beden eine Erhöhung des Preises um 3 Mark für die Tonne Kohle ohne Steuer bewilligt, die am 15. Juli in Kraft tritt. Damit sind die obersteffischen Werte mit denen des Ruhrbezirks ungefähr gleichgestellt, und sie sind im Interesse einer Produktionssteigerung in der Lage, die Höhe der unterm Tage beschäftigten Bergarbeiter zu erhöhen. (W.B.)

Frankfurter Wertpapierbörsen.

Frankfurt, 16. Juli. (Fr.-Tel.) An der Börse war auch heute der Grundton fest, da sich auf verschobenen Märkten Kaufkraft einstellte, die schließlich der Allgemeinstimmung einen Rückhalt boten. Eine größere Bewegung vollzog sich am Rentenmarkt in Kriegsanleihen, welche gegen den Abendkurs mit 84 1/2 höher eintraten, jedoch Schwankungen unterlagen. Auch die verschiedenen Schatzanweisungen, sowie ältere heimische Anleihen wurden höher bewertet. Das Geschäft, welches lebhaft war, ließ später auf diesem Gebiet etwas nach und übertrug sich auf das Gebiet der Rentenpapiere, von denen jedoch nur Gessentlicher, Oberbedarf und Harpener etwas mehr beachtet wurden. Gessentlicher erzielten im Verlauf eine wesentliche Beachtung, so daß der Kurs jetzt 2 1/2 anstieg. Ungleichmäßig gestaltet sich die Stimmung in chemischen Aktien, Gold- und Silber-Schatzanweisungen, welche bereits gestern in starkem Angebot standen, sind auch heute wieder niedriger im Kurs. Unter den Anleihenwerten sind Erdwerke höchst und Badische Anleihen etwas schwächer. Sonst ist im allgemeinen das Geschäft in diesen Aktien sehr ruhig eröffneten 8 1/2 niedriger. Benz 214 genannt. Heilbrunn-Aktien zu 108 1/2 angeboten. Zellulose-Waldhof wiederum schwächer. Elektromerke waren wenig verändert. In Schiffbauaktien trat Abgabebewegung hervor, was auf die kurzsonst Norddeutscher Lloyd wie Kaiserfahrt drückte. Schantungbahn behauptete den Kursstand. Canada Pacific 398-398 etwas schwächer. Reges Geschäft fand in Lombarden statt, welche den Kurs mit 20 1/2 = 1/2 höher eröffneten. Petroleumwerte waren bei bescheidenem Geschäft behauptet. Am Markt der mit Einheitswerten notierten Papiere überwiegen heute in Uebereinstimmung mit der gesamten Tendenz die Kurssteigerungen. Holzverkäufe waren niedriger angeboten. Die Börse schloß auf behauptet. Relegationswerte etwas schwächer 84.08. Privatbank 35 1/2.

Berliner Wertpapierbörsen.

Berlin, 16. Juli. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	15.	16.
Konstantinopel	570.00	570.00
Holland 100 Gulden	339.00	339.00
Dänemark 100 Kronen	367.00	367.00
Schweden 100 Kronen	358.00	358.00
Norwegen 100 Kronen	268.00	268.00
Schweiz 100 Franken	44.95	45.05
Ost-ungarn 100 Kronen	281.-	281.-
Spanien	281.-	281.-
Belgien 100 Lira	92.75	92.75
Helgoland	100.25	100.25

Aus Stadt und Land.

Einheitliche Gemüse- und Obstpreise im Kleinhandel.

Die ungünstigen Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt und die teilweise unerschwingliche Preise für das von der Bewirtschaftung freigegebene Obst haben, so schreibt die „Karlsruh. Ztg.“ amlich, dazu Veranlassung gegeben, eine einheitliche Preisfestsetzung für Gemüse und Obst durch die Kommunalverbände der größeren Städte des Mittel- und Unterlandes herbeizuführen, die auch als Unterlage für die Preisfestsetzung im ganzen Lande dienen soll. Daß es gelungen ist, ein solches Zusammengehen der Kommunalverbände der großen Städte zu erreichen, darf mit besonderer Genugtuung begrüßt werden, nachdem gerade die Herdörfung der Großstädte unter der gegenseitigen Preissteigerung die ganze Zeit über besonders schwer zu leiden hatte. Die Preise werden wöchentlich in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern dieser Kommunalverbände, des Landespräsidiums und der badischen Obst- und Gemüseverwertung sowie unter Mitwirkung von Sachverständigen, Mitgliedern der Verbraucher-, Hausfrauen-, der Marktvereinigungen, sowie des Groß- und Kleinhandels vereinbart und alsdann nach Beratung durch die zuständigen Preisprüfungsstellen und Kommunalverbandsausschüsse in den einzelnen Städten veröffentlicht. Am Ende jeder Woche wird ein Exemplar dieser Preisbestimmungen, wie sie die Preisprüfungsstelle Karlsruhs Stadt auf Grund der Vereinbarungen als Verkaufspreise veröffentlicht, auch den anderen, nicht bei der Preisvereinbarung unmittelbar beteiligten Kommunalverbänden von der badischen Obst- und Gemüseverwertung zur Benützung bei ihren Preisfestsetzungen mitgeteilt werden.

Die Preise werden so bemessen sein, daß ihre Einhaltung überall im Lande möglich ist, denn sie werden auch den Verhältnissen solcher Absatzgebiete Rechnung tragen, in denen die Zufuhr von Gemüse und Obst besonders erschwert ist. In diesen Bezirken werden natürlich erheblich niedrigere Preise festgesetzt werden können. Die Preise, die als Kleinhandelspreise gelten, bedeuten also nur die äußerste Grenze, bis zu der bei Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen durch die zuständigen Kommunalverbände gegangen werden darf. Die Ueberbreitung dieser Preise im Kleinhandel, sei es auf Märkten oder im Ladenverkauf, müßte als übermäßige Preissteigerung bzw. Höchstpreisüberschreitung angesehen und strafrechtlich verfolgt werden. Erträgliche Verhältnisse in der Gemüse- und Obstverwertung können nur dann erreicht und an einen Ausbau der Preise kann nur dann gedacht werden, wenn ein einheitliches Vorgehen erfolgt. Dazu bedarf es aber nicht nur einer gemeinsamen Festsetzung der Preise auf dem Papier, sondern auch einer gleich strengen Durchführung in allen Gegenden des Landes. Am Interesse einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Obst zu erwünschlichen Preisen und zur Vermeidung von Preissteigerungen wurden die Kommunalverbände von der badischen Obst- und Gemüseverwertung veranlaßt, hiernach bei Festsetzung der Preise und Ueberwachung des Verkehrs mit Gemüse und Obst vorzugehen.

In diesem Zusammenhang dürfte folgende Zuschrift der badischen Landwirtschaftskammer interessieren:

Zunächst der Zurückhaltung von Obst und Gemüse auf dem Karlsruher Markt infolge Einschleppens der Volkswirtschaft und anschließender Verarmung der Karlsruher Obst- und Gemüsehändler vom 28. Juni sind auch gegen die Geschäftsstelle der badischen Landwirtschaftskammer sei an der Zurückhaltung von Gemüse Schuld, sind gänzlich unbegründet. Die Landwirtschaftskammer fördert nur den Ausbau von Gemüse, mit An- und Verkauf desselben und mit der Gemüseproduktion des Marktes hat sie nicht das geringste zu tun. Aus gleichem Grunde müssen auch die Vorwürfe, die Landwirtschaftskammer sei an den hohen Gemüsepreisen schuld, zurückgewiesen werden. Ueberhaupt ist es eine falsche Auffassung des Publikums, daß die Landwirtschaftskammer die Preise für landwirtschaftliche Marktzeugnisse festsetze und daß sie demnach dafür verantwortlich gemacht werden müsse. Sowohl Preise festgesetzt werden, geschieht dies seitens der Regierung und diese wieder bestimmt Höchstpreise, um eine unnötige Verteuerung auszuhalten. Die Behauptung eines früheren Angestellten der Landwirtschaftskammer, daß die Obstverwertung die Verwertung der Stadt Karlsruhs mit Obst unmöglich mache, ist völlig grundlos. Trotz der knappen Kirchengärten ist es bis jetzt der Obstverwertung gelungen, 10 000 Zentner Früchten auf den Markt zu bringen, davon allein nach Karlsruhe 2000 Zentner. Für die Ueberbreitung des Höchstpreises von 75 Pf. auf den Wochenmärkten kann dabei die Obstverwertung ebensowenig verantwortlich gemacht werden. Ihre Aufgabe besteht in der Erhaltung des Kirchengartens zu dem Erzeugerhöchstpreis von 55 Pf. zur Weiterlieferung an Groß- und Kleinhandel auf den Markt. Doch sie dabei auf eine Verteuerung der Früchte einwirkt, ist gleichfalls unrichtig. Ihr ganze Vergütung sind 5 Pf. Erhaltungsgeldern. Daraus bestreitet sie ihre sämtliche Unkosten (Wasserkosten, Verlober, Aufsichtsbeamte, Verwaltungs- und Geschäftskosten u. a.).

Die Angriffe des früheren Angestellten der badischen Landwirtschaftskammer, Herrn Kaufmann Hund, sind dieselben wie im Jahre 1917. Nachdem Herr Hund vor Vertretern der Regierung und anderen einwandfreien Jungen erklärt und auch schriftlich bestätigt

hat, daß er alle gegen die Geschäftsstelle der badischen Obstverwertung und die Landwirtschaftskammer gerichteten sachlichen Vorwürfe und Angriffe zurücknehme, hat es bisher die Landwirtschaftskammer unterlassen, zu den Darlegungen des Herrn Hund in Berichtigungen und in der Presse Stellung zu nehmen. Indem Herr Hund neuerdings seine Angriffe wiederholt, haben wir uns veranlaßt gesehen, über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Bezüglich der persönlichen Angriffe wird Herr Kaufmann gegen Herrn Hund Privatklage anstrengen.

* In den Ruhestand versetzt wurde Amtsgerichtsdirektor Karl Desterle in Pforzheim, seinem Antrag entsprechend.

* Ernannt wurde Betriebsassistent Heinrich Barthlott in Karlsruhe zum Eisenbahnsekretär.

* Abertreten wurde dem Oberpostsekretär, Albus Kern aus Langenseltingen eine Oberpostsekretärstelle beim Postamt in Heidelberg.

* Versetzt wurde den Oberpostassistenten Karl Reize in Konstanz, Adolf Kerner in Triberg, Kupert Still in Willingen, Hugo Streibert in Konstanz und Leonhard Bach in Offenburg der Charakter als Postsekretär.

* In Mitgliedern des Eisenbahnrats wurden vom Finanzministerium ernannt: Geheimrat Kommerzienrat Emil Engelhard in Mannheim, Professor Alois Endres in Redzheim, Kommerzienrat August Reuhaus in Schwetzingen, Fabrikant Emil Oehring in Freiburg, Kaufmann Lothar Rager in Heidelberg, Stadtrat Robert Pfertag in Karlsruhe, Kaufmann Heinrich Graf II in Mannheim, Landes-Parteiassistent Karl Jahn in Mannheim, Bauleiter Christian Schneider in Karlsruhe und Uhrmacher Alex Lauterwasser in Freiburg; zu Ersatzmännern für diese Mitglieder wurden ernannt die Herren: Direktor Heinrich Knecht in Mannheim, Professor Dr. Kunzmann in Laubersheim, Schlossmeister Joh. Janay Götlicher in Willingen, Fabrikant K. Odenwald in Pforzheim, Bürgermeister R. Schöffe in Langenselbingen, Stadtrat Viktor Darmstädter in Mannheim, Kaufmann Karl Baden in Freiburg, Schriftführer Christian Holz in Konstanz, Gewerkschaftsbeamter Eduard Kluge in Pforzheim und Dreher Johann Redtke in Willingen.

* Beschlagnahmte Auszahlung des Entlassungsgeldes. Der Post-Bund der deutschen Landes-Regierungsverbände war bei dem Reichsarbeitministerium vorliegend geworden, die Abrechnung der Reichsarbeitministerien mit Entlassungsbeträgen und Entlassungsgeld, die vielfach in einer Weise abgelehnt, welche für die Betroffenen schmerzhaft und zeitraubend ist, zu beschleunigen. Der Reichsarbeitminister hat nunmehr anerkannt, daß er die Wünsche des Post-Bundes, dem in der Angelegenheit zuständigen Reichsarbeitminister mitteilt habe. Auch er bekennt es als sehr wünschenswert, daß eine Beschlagnahme des Verlassens beantragt werde.

* Postkundenverweigerung. Ähnlich wird der „Karlsruh. Ztg.“ mitgeteilt: Die Bezirksämter sind ermächtigt, an Sonntagen und Sonntagen für größere Vereinsveranstaltungen oder bei sonstigen besonderen Anlässen, die eine Ausnahme berechtigt erscheinen lassen, Postkundenverweigerung bis 1 Uhr zu bewilligen. Veranstaltungen, die überwiegend als Tanzveranstaltungen anzusehen sind, können dabei nicht berücksichtigt werden.

* Lohnpändungen. Durch Verordnung des Reichsministeriums vom 22. Juni 1919 sind die Vorschriften über die Zulässigkeit von Lohnpändungen erneut geändert worden. Danach gilt vom 1. Juli dieses Jahres an folgendes: Ein Arbeiter oder Dienstmann, der den Betrag von 2000 M. übersteigt, ist zu einem Pfändel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen. Hat der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so tritt an die Stelle des Betrags von 2000 M. der Betrag von 2500 M. Der unpfindbare Teil des Mehrbetrags erhöht sich für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, um ein weiteres Drittel, höchstens jedoch auf sechs Zehntel des Mehrbetrags. Als Verwandte, denen der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, kommen nur Verwandte in gerader Linie, also neben den Abstammungen die Eltern und Voreltern, in Betracht. Gegenüber Geschwistern und anderen Verwandten der Seitenlinie besteht keine gesetzliche Unterhaltspflicht. Soweit der nicht pfändbare Teil des Lohnes den Betrag von 3000 M. bezw. den Betrag von 4500 M. übersteigt, unterliegt die Pfändung keinen Beschränkungen. Die Vorschriften finden entsprechende Anwendung auf die Pfändung des Ruhegeldes der Personen, die in einem normalen Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, und auf Geldrenten, die wegen Verletzung des Körpers oder der Gesundheit zu entrichten sind.

* Kuchenbackverbot. Das Bäckereiverbot wird ausgeschrieben: In ihrer Nr. 318 vom 15. Juli brachten Sie die Art. 2, daß das Ministerium das Kuchenbackverbot für Bäckereien in Baden nicht aufhebe, nach eingehender Prüfung und in Uebereinstimmung mit dem parlamentarischen Ernährungsbeirat. Man ist halt heute in Karlsruhe noch gerade so klug wie unter dem alten Regime. Seit über einem Jahre werden in Württemberg Kuchen in Bäckereien hergestellt und gegen Reisbrotmarken verkauft. Da Worms, Köln, Frankfurt, Darmstadt, Nürnberg und vielen anderen Städten werden Kuchen und Brötchen verkauft gegen Reisbrotmarken. Nur in Baden geht so etwas nicht. Hat man in Württemberg, Hessen, Bayern und Preußen den Frühbruch nicht? Oder waren diese Staaten nicht auch blockiert? Nein, man ist eben in Karlsruhe preußischer als in Berlin und päpstlicher als in Rom. Wie lange

lassen sich das Bäckereigewerbe und die Bürgerchaft bis noch gefollet? Mit dem weiter bestehenden Backverbot ist zugleich auch das Ausbrotten von Kuchen aus amerikanischen Mehl beim Bäckereigewerbe. Was soll also die Bürgerchaft mit dem Ausbrottsmehl machen? Die Bekämpfung des Schleichhandels wird verlangt. Mit diesen Verbote ist er großgezogen worden und soll Scheits auch erhalten bleiben. Geboten werden keine Kuchen, aber Ploden und sonstiges, wie man in Mannheim an allen Ecken sehen kann. Vielleicht kommt auch das bodische Bäckereigewerbe einmal zur Vernunft und schließt diese ungerechte Beschränkung ab.

* Der Vorfall, welcher sich, wie mitgeteilt, gestern abend am Schloß ereignete, gibt uns Veranlassung, von neuem darauf hinzuweisen, daß Umzüge und Ansammlungen vor öffentlichen Gebäuden unbedingt unterbleiben müssen, da Mißverständnisse vorkommen können, die für die Beteiligten von den schwersten Folgen sein könnten.

* Schwierige Verhaftung. Ein von der Staatsanwaltschaft Speyer wegen schweren Diebstahls verfolgter Schreiner von Speyer wurde heute Nacht von hiesigen Kriminalbeamten im Wartsaal des Hauptbahnhofs mit seiner Frau betrogen. Er wurde verhaftet, entsprang aber während des Transportes. Ein Schuhmann gab einige Schüsse ab, die ihn jedoch nicht verletzten. Der Ausreißer konnte wieder festgenommen werden.

* Schweinediebstahl im Großen. In der Nacht zum 15. Juli wurden aus dem Straßburger Hof sieben schwere Schweine entwendet und an Ort und Stelle abgeschlachtet. In einem Kutscher sollen sie in der Richtung Mannheim fortgebracht worden sein. Von den Tieren hat man noch keine Spur.

Vereinsnachrichten.

* Die Ortsgruppe Mannheim des Vereins selbst. Örtlicher Lebens hielt gestern abend in ihrem Vereinslokal „Bellevuekeller“ unter dem Vorsitz des Herrn A. Lillien eine Versammlung ab. Zur Besprechung standen die von der Ein- und Verkaufsgenossenschaft selbst, bad. Gärtner, St. Karlsruhe, vorgelegten Preisangebots über verschiedene gärtnerische Bedarfsgegenstände, über welche sich ein sehr lebhafter Meinungsaustrausch entwickelte. Am Verlauf der Versammlung wurde gerührt, daß der letztjährige Bezug von holländischen Blumenzweigen, der durch die Berliner Zentralstelle geleitet wurde, kein einheitlicher war und anscheinend ganz nach dem Belieben dieser Stelle gehandhabt wurde. Da nun für dieses Jahr die Einfuhr holländischer Blumenzweigen freigegeben ist, so wird der Bezug durch die Genossenschaft erfolgen. Unter dem Punkte „Verschiedenes“ wurde darauf verwiesen, daß die hiesigen Gärtnermeister von der Stadtgemeinde wiederholt bei der Lieferung von Guirlanden übergegangen und die diesbezüglichen Bestellungen nach auswärts vergeben wurden. Die Versammlung nahm hiergegen entsprechende Stellung und beauftragte den Vorstand, gegen dieses unzeitgemäße Verhalten der Stadtgemeinde Einspruch zu erheben und die Befestigung dieses Mißstandes zu erwirken. Als Steuerzahler der Stadt könne man verlangen, daß man bei Arbeiten für die Stadt brüderlich werde. Der Vorsitzende machte dann noch bekannt, daß am Sonntag, den 27. Juli der Geschäftsführer der Ein- und Verkaufsgenossenschaft selbst, Gärtner in der Ortsgruppe, die einen Vortrag halte und erluchte um zahlreichen Besuch.

Aus Ludwigshafen.

* Beendigung der Differenzen bei der Anilinfabrik. Wie erst jetzt bekannt wird, sind die Differenzen, die zwischen der Direktion und der Arbeiterchaft der badischen Anilin- und Sulfidfabrik entstanden, bereits Ende voriger Woche beigelegt worden. Die gesamte Arbeiterchaft der Firma erklärte sich mit den Kollegen des Oppauer Werkes solidarisch und beschloß, Freitag mittig 12 Uhr die Arbeit niederzulegen, falls die Angelegenheit bis dahin nicht geregelt sei. Durch Vermittlung des Bezirksamtmannes fand daraufhin am Donnerstag eine nochmalige Besprechung der Direktion mit dem Arbeiterratschuss des Oppauer Werkes statt, die zu folgender Einigung führte: Der Schlichter des Oppauer Werkes nach der Stilllegung anmahnt, bleibt brüderlich, bis durch den Schlichter eines unparteiischen Schlichtungsausschusses seine Schuld oder Unschuld erwiesen ist. Erst wenn ein Beschuldener festgestellt ist, darf die Entlohnung ausgesetzt werden. Ein gleiches gilt für die 25 Arbeiter, welche den ebenfalls beurlaubten Ingenieur Mißhandelt haben sollen. Nach der Annahme dieses Beschlusses wurde das Oppauer Werk, das allein über 3000 Arbeiter beschäftigt, wieder in Betrieb gesetzt. Auch am gleichen Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die übrigen 6000 Arbeiter der Anilinfabrik zogen daraufhin ebenfalls den Beschluß der Arbeitseinstellung zurück.

Aus dem Lande.

* Heidelberg, 15. Juli. Bei dem Brande der Heffischen Kunstmühle in Bammental wurden etwa 10 000 Sack amerikanischen Getreides vernichtet. Der Gesamtschaden belief sich auf 2 Millionen Mark. Das Feuer soll im fünften Stockwerk entstanden sein. Das Röhrenwerk ist vollständig ausgebrannt. Durch den Brand verliert die Gemeinde ein Fünftel ihres Einkommens aus der Umlage.

* Oberbuxteh, 16. Juli. Einen sehr stürmischen Verlauf nahm eine hier abgehaltene, von über 800 Landwirten des badischen Bauernbundes besuchte Versammlung, die nach einem Referat des Geschäftsführers des badischen Bauernbundes, H. Lillien, Karlsruhe, und einer sehr lebhaften Aussprache ein Telegramm an das Ministerium des Innern zu richten beschloß, in welchem die Verweigerung des schigen Oberamtmanns Freiherr von Reibers und des Kommunalverbands-Geschäftsführers Reibler heißt von dem badischen Bezirksamt verlangt wurde, daß sich Freiherr von Reibers für den landwirtschaftlichen Bezirk als unbrauchbar erweisen habe. Fernerhin wurde beschlossen, an den Reichsernährungsminister ein Telegramm zu senden, in welchem die Freilassung der Frankfurter des Jahres 1919 gefordert wird. Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist noch zu erwähnen, daß Landtagsabg. Herlitz-Schulze die Zusammenziehung des parlamentarischen Ernährungsbeirats kritisierte und die gleichmäßige Vertretung von Produzenten und Konsumenten (blader sechs Konsumenten und drei Produzenten) wünschte.

* Pforzheim, 14. Juli. Wegen Diebstahls von Schmuckwaren im Werte von 10 000 Mark wurde der 23jährige Mechaniker Wilhelm Freiburger, der 23jährige Goldarbeiter August Rummann und der 24jährige Mechaniker August Beller festgenommen.

* Freiburg, 13. Juli. Zu dem Doppelmord verfuhrte und dem Selbstmord des Reallehrers Huber erzählt die „Freib. Ztg.“, daß Frau Huber und der angeschossene Abiturient sich auf dem Wege der Besserung befanden. Lebensgefahr besteht nicht mehr. Der 44jährige Reallehrer Huber, der sich durch einen Schuß in die Brust tötete, ist seit einiger Zeit an Kerosin.

* Konstanz, 13. Juli. Das hier verhaftete Mitglied der Württembergischen Regierung, Seeger, war, wie die Untersuchung ergeben hat, während des Krieges wegen Spionage und Subversion in Württemberg in Untersuchungshaft gefangen und dreimal wegen Betrugs verurteilt. Bei Errichtung der Reichswehr in Württemberg war er Mitglied der Wirtschaftskommission; dabei soll er große Schiebereien in Herrensquid verübt haben.

* Waldmühl, 14. Juli. Der Mord, an dem Hilsengrenzenleher Göttsche in Wehmel ist noch nicht aufgeklärt. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat für die Ermittlung der Mörder eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt; ferner hat sie Schmutzgeräten, die sich durch zweifelhafte Befragungen etwa selbst die Schmutzgeräten bezüchigen müssen, Strohstoffkette auf dem Anbahnwege zugewiesen. Als vermutliche Täter sind zwei Männer in Haft genommen worden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Heppenheim, 13. Juli. In der hiesigen tagelichen Stiche wurde morgens ein Mann schlafend im Reichthum vergebunden. Der Fremde hatte, wie er eingekleidet, das Tabernakel erbrochen und Kontranz und Reich gekostet und diese Gegenstände bereits in seinen Kutsch gepackt. Der Täter ist in Haft genommen. Es ist der 37jährige verheiratete Schloffer Wilhelm aus Frankfurt a. M.

der-Kriegs und „Bleig“ geschilbert, die vielen Kosten, die das verursacht und die Not der Eltern, „wo ganze Reihe von glühenden Fresser in ein Elend-Tuch.“ Die wehmütig-humoristischen Betrachtungen schließen mit einer derben Zeit-Kritik und dem Wunsch nach bald besseren Zeiten. „Dann ist willkommen alle deutsche Kinder, um d' Sorg einschleiert sich zur gute Fei!“

— (So Sage.) Schilbelder ein Gedichtescher von A. M. Sommer. Evangelischer Verlag, Heidelberg, 1919. — Wieder ein neues Schilbeler von der ausgesprochenen pfälzischen Mundart. Alles anpruchlos wie immer tritt sie auch diesmal vor ihren großen Vorkämpfer, nur ein bisschen will sie Kranke und Betrübte lachen machen; gar nicht die. Du lieber Himmel, sind wir denn nicht alle krank und betrübt in diesen Tagen? Becht nicht jedes von uns nach Aufbesserung? Für uns alle, denen in der heimlichen Mundart zu lesen Vergnügen bereitet, hat Aina Sommer ihre kleinen, nebenbeiwert lustigen Gedichtchen und ihre vorzüglich pointierten Gedichte zu einem Bändchen vereinigt, über dem es schon wie die Sonne liegt, wenn wir es nur ansehen. Und hell heraus muß man lachen, wenn man die erste Gedichte liest, die von der Schöpfung handelt. „Erst war's ganz, ganz dunkel uf der Welt, un' so war'ig do als leuter Wasser, un' Wasser un' wilder Wasser, un' der leute Welt is alsfort awedruck rumgahumme...“ Danach kann man sich ja bellüßig einen Begriff davon machen, wie eine lustige Begebenheit der Schöpfungsort gewesen sein muß. Am liebsten schreibe ich das ganze Bändchen hier ab. Da ist aber selber Wäcker made und weis, daß einen die Gedichte erst dann richtig freuen, wenn die Leute die Bücher auch kaufen, so lassen sich sämtliche Buchhandlungen den Lesern Aina Sommers durch mich bestens empfohlen sein.

— (Neue Romane.) Hanns Jochst läßt im Delphin-Verlag zu München einen Roman „Der Anfang“ erscheinen. Das einen gefunden und kräftigen Charakter aufweisende, autobiographische Werk schildert, mit der Reifeprüfung beginnend, die ersten Sturm- und Drangjahre eines reisenden Menschen. Mancherlei Liebeserleben ist ihm beschreiben, innerlich unbefriedigt geht er aus allen Kämpfen hervor. Jochst beweist auch mit seinem Roman, daß er, den man vielleicht als empfindlichen Expressionisten bezeichnen kann, versteht, ein reiches Innenleben in furchtbarer, lebende Bilder zu fassen und besonders dramatisch bewegtes Geschehen überzeugend zu gestalten. — Gudwig Gorm gibt in seinen „Kindern von Geni“ (Delphin-Verlag, München) einen reichhaltigen Auschnitt aus dem Leben des berühmten französischen Genies. Kulturhistorisch ist der Roman von Wichtigkeit, wenn auch stilistische Unbehelien und zumellen störender Gang der Handlung den Genuß etwas beeinträchtigen. Doch historische Roman: pflegen ja meist episch breit angelegt zu sein — die Fülle des Stoffes bringt das mit sich — und sollen ja nicht nur dem angenehmen Vergnügen einer belanglosen Stunde, sondern auch der Belehrung dienen. In rechte Hände gelegt, wird Gorms Roman nur erfreulich wirken.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

— (89. Orgelkonzert von Arno Sandmann.) Das Programm des diesen Sonntag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, in der Christuskirche stattfindenden Orgelkonzertes ist folgendes: Bach, Fugue G-dur, Fuge D-dur (Hörgerade vivace) Toccata und Fuge D-moll, K. W. Bach Orgelkonzert D-moll bearbeitet von A. S. Bach, Gefänge von Bach und Händel (Fr. Rosa Gerber). Eintritt frei. — Das 90. Orgelkonzert findet nach den Sommerferien voraussichtlich Sonntag, den 28. September statt.

— (Eurythmische Kunst.) Eine Darstellung in Eurythmischer Kunst, die von der Hochschule für Geisteswissenschaften „Goetheanum“ in Dornach ausgeht, wird am Sonntag, den 27. Juli, 11 Uhr vormittags, im Festsaal des Hofgartens stattfinden. Diese Kunstform stellt sich neben andere ähnliche Formen von Bewegungskunst als etwas selbständiges und neues dadurch hin, daß sie auf den inneren Kunstimpulsen des menschlichen Körpers selbst beruht, die sie durch intuitive Erfassen der Menschennatur zu erschaffen strebt und die sie in einer, dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Fortbildung der Goethe'schen Anschauung zur Offenbarung bringen will. In ihr liegt der Versuch vor, den in künstlerische Bewegung verfaßten Einzelmenschen und Menschengruppen ebenso zum sichtbaren künstlerischen Ausdruck des Geistes zu machen, wie dies in der Dichtung mit dem Worte, in der Kunst durch den Ton geschieht, mit denen sie in ihrer Darstellung zusammenwirken und so eine Erweiterung, der in diesen liegenden Kunstformenbarungen bieten will.

— (Vortrag — Dr. Rudolf Steiner.) Am 26. Juli wird im Riebelungsaal ein Vortrag aus dem Gebiete der Geisteswissenschaften, am 28. Juli ein Vortrag über die Kernpunkte der sozialen Frage von Dr. Rudolf Steiner gehalten werden. Höheres wird nach bekannt gegeben.

Kunst und Literatur.

— (Die Offenbach-Oper „Der Goldschmied von Toledo“). Letz von Carl Georg Zwerenz, musikalische Bearbeitung von Julius Stern und Alfred Ramona, welche vor einigen Monaten am Mannheimer Nationaltheater einen geradezu sensationellen Erfolg erzielt hat, ist von Direktor Felix Weingartner für die Wiener Volksoper erworben worden und gelangt daselbst im Monat Oktober als erste Produktion zur Aufführung.

Warum d' Ceut keine Kinder weile.

Der bekannte Karlsruher Mundartdichter Fritz Diehm, dem auch Schichten im Hochdeutsch gelingen, hat unter obigen Titel ein neues Heftchen im Verlag Friedrich Busch in Karlsruhe erscheinen lassen. Auf ergötzliche Weise ist des langen und breiten „des Kin-

